



Rede des Bayerischen Staatsministers des
Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann,

anlässlich der Vorstellung der Verfassungsschutzinformationen
für das 1. Halbjahr 2020

am 4. August 2020 im StMI

Inhalt

I. Einleitende Worte	2
II. Rechtsextremismus	4
III. Linksextremismus	9
IV. Islamismus	14
IV. Cybersicherheit und Spionageabwehr	21
V. Sonstige Phänomenbereiche	24
VI. Schlussworte	26

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Einleitende Worte

Einleitende
Worte

Heute informiere ich Sie über die aktuellen Entwicklungen in den verschiedenen extremistischen Szenen im ersten Halbjahr 2020.

Dabei fällt auf: Extremisten aller Phänomenbereiche nutzen die Beschränkungen des Alltagslebens, die die Corona-Pandemie mit sich bringt, verstärkt für ihre Zwecke. Sie knüpfen dabei vor allen Dingen an die im Netz kursierenden Verschwörungsmithen über den Ursprung der Pandemie an. So versuchen sie, auf allen Ebenen Unzufriedenheit mit dem demokratischen System an sich zu schüren:

Reichsbürger, Rechts- und Linksextremisten diffamieren – wenn auch mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Erklärungsmustern – gleichermaßen die staatlichen Schutzmaßnahmen als gegen die Bevölkerung gerichtet.

Islamfeinde bezichtigen pauschal Muslime „Quarantänebrecher“ zu sein. Islamisten wiederum werten die Pandemie als „Strafe Gottes“ für die Ungläubigen und betonen die Überlegenheit ihrer Auslegung des Islam. Zugleich droht in der allgemeinen Besorgnis über die Auswirkungen der Pandemie das langsame Wiedererstarken des Islamischen Staates (*IS*) sowohl in der realen als auch in der virtuellen Welt aus dem Blick zu geraten.

Und die Verlagerung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten während der Beschränkungsmaßnahmen ins Internet ruft alle möglichen Cyberakteure auf den Plan, vom Kriminellen bis zum Cyberspion.

II. Rechtsextremismus

Verbreitung von Die Auswirkungen der Corona-Pandemie
Verschwö- haben das Alltagsleben jedes Einzelnen
rungsmythen beeinträchtigt und uns die Verletzlichkeit
unseres gesellschaftlichen Zusammen-
lebens vor Augen geführt. Die daraus ent-
stehende Verunsicherung verleitet einige
dazu, Verschwörungsmythen über die
vermeintlichen Ursachen und Urheber der
Pandemie und die mit ihr angeblich verfolg-
ten Ziele zu verbreiten. Im Internet ist die
Anzahl der kursierenden Verschwörungs-
mythen sehr stark gestiegen. Dabei gilt:
Selbst die absurdesten Mythen finden An-
hänger.

Die Bandbreite reicht dabei von Schuldzu-
weisungen an bestimmte Bevölkerungs-
gruppen wie Migranten oder Juden, bis hin
zu einer angeblichen geheimen „Weltregie-
rung“. Dabei werden auch wie beim aus
den USA stammenden Verschwörungs-
mythos „QAnon“ antisemitische Vorurteile
bedient.

Schuldzuweisungen an staatliche Stellen

Rechtsextremistische Akteure haben das Potenzial dieser Verschwörungsmymen und ihrer viralen Verbreitung im Netz rasch erkannt: Unter dem Stichwort „Corona-Diktatur“ werfen sie staatlichen Stellen vor, im Schatten der Pandemie die Bevölkerung völlig zu entrechten und gleichzeitig unbennerkt eine Massenimmigration mit dem Ziel der Marginalisierung des „deutschen Volkes“ zu betreiben. Neben rassistisch motivierten Schuldzuweisungen an Ausländer und Asylbewerber als Überträger des Virus werden auch antisemitische Stereotype verbreitet. So werden Personen jüdischen Glaubens als Drahtzieher und Nutznießer der Pandemie bezichtigt.

Die Vielfalt der Verschwörungsmymen erweitert für Rechtsextremisten ihre Möglichkeiten, ihre Botschaften auch in Personengruppen zu senden, die für eine offen extremistische Ansprache bislang nicht empfänglich waren.

Radikalisierung der Bevölkerung als Ziel Ziel ist es, das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit staatlicher Handlungen und in die Demokratie an sich zu untergraben. Damit geht die Gefahr einher, dass sich ein wachsender Personenkreis von den demokratischen Spielregeln entfernen und radikalisieren könnte.

In der Szene sind bereits jetzt bei einzelnen Überlegungen festzustellen, die Pandemie als „Brandbeschleuniger“ für die Radikalisierung der Gesellschaft und die Destabilisierung des politischen Systems zu nutzen. Vereinzelt wird dabei auch das Begehen von Gewalttaten in Betracht gezogen.

Eine Teilnahme von Rechtsextremisten an Hygiene-Demos oder Spaziergängen konnte nur vereinzelt festgestellt werden.

Hetze im Netz Auch weil die Ausgangsbeschränkungen in der Anfangsphase der Pandemie reale Veranstaltungen kaum zuließen, hat sich die Agitation der Szene noch stärker als bisher

in die sozialen Medien verlagert. In der scheinbaren Anonymität des Internets fallen dabei nahezu alle Hemmungen des Denk- und Sagbaren.

Da in den einschlägigen Foren in der Regel nur Gleichgesinnte aufeinandertreffen, schaukelt sich die Radikalität der Beiträge sukzessive hoch. Dieser Echokammereffekt kann nicht nur die eigene Radikalisierung verstärken, sondern auch zum auslösenden Faktor für den Entschluss werden, den eigenen oder den Worten anderer Taten folgen zu lassen.

Rechtsextremistische Musik im Netz

Neben der Verbreitung und Befeuerung von Verschwörungsmithen spielt das Internet auch bei der Vermarktung rechtsextremistischer Musik eine immer größere Rolle.

So nutzt vor allem der rechtsextremistische Rapper „Chris Ares“ soziale Medien zur Vermarktung und tritt dabei auch unmittelbar mit seinen Fans in Kontakt. In seinen Songtexten verwendet Ares insbesondere

Ideologiefragmente der Identitären Bewegung (IB). So wird im Song „Machtwechsel“ der „Große Austausch“ also die angeblich politisch gewollte Verdrängung der „einheimischen Bevölkerung durch Migranten“ beschworen.

Versuch der Reichweitenerhöhung

Gleichzeitig werben auch andere rechtsextremistische Protagonisten wie der Identitäre Martin Sellner intensiv für den Rapper. Auf diese Weise erreicht Ares über das Internet eine beträchtliche Zahl an – oftmals jungen – Zuhörern und Followern.

Dabei versucht Ares seine virtuelle Reichweite durch Kooperation mit anderen Künstlern, die außerhalb der extremistischen Szene bekannt wurden, noch zu erhöhen. Mittlerweile haben jedoch viele Plattformbetreiber seine Produkte aus dem Vertrieb genommen.

Dies ist auch ein Erfolg der konsequenten Information der Öffentlichkeit über die Protagonisten der rechtsextremistischen Musikszene durch den Verfassungsschutz.

III. Linksextremismus

Andocken an gesellschaftlich virulente Themen

Die Corona-Pandemie spielt auch den Linksextremisten in die Karten. Seit jeher gehört es zu ihren Taktiken, gesellschaftlich virulente Themen wie Antirassismus oder Antigentrifizierung aufzugreifen. Ihr Ziel ist es, ihre demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Ideologie auf eine größere Bühne zu tragen und über ihr eigenes Kernklientel hinaus neue Anhänger zu finden.

Dabei sprachen die bisher von der Szene bedienten Themen jeweils nur jene Teile der Bevölkerung an, die sich mit diesen Problematiken identifizieren und beschäftigen, wie etwa viele junge Menschen das Thema Antirassismus.

Multiplikation der Agitation

Die Corona-Pandemie durchdringt jedoch alle Lebensbereiche. Dementsprechend multiplizieren sich die Möglichkeiten zur linksextremistischen anti-demokratischen Agitation:

„repressive“
Coronamaß-
nahmen

Die zur Eindämmung der Pandemie eingeleiteten Beschränkungsmaßnahmen werden von der Szene als ein Vorwand zum angeblichen Ausbau staatlicher Repression gewertet, die jeden Einzelnen seiner Freiheitsrechte berauben wolle.

Antikapitalis-
mus
Antirassismus
Antirepression

Diese Argumentation fügt sich nahtlos in die bekannte Taktik ein, alle staatlichen, insbesondere polizeilichen Maßnahmen generell als unrechtmäßige Repression zu verunglimpfen. Und die Übergriffe auf Polizeibeamte im Rahmen alltäglicher Kontrollen zeigen: Diese Saat fällt durchaus zum Teil auf fruchtbaren Boden!

Die bestehenden Ängste vor einer Rezession und dem Verlust von Arbeitsplätzen werden instrumentalisiert, um gegen eine angebliche Kumpanei zwischen Politik und „Kapital“ zu hetzen.

Linksextremisten identifizieren seit jeher den Kapitalismus als das „Grundübel“ unserer Gesellschaft. Auch die staatlichen

Maßnahmen zur Abfederung der Krise seien allein an den Interessen der Wirtschaft ausgerichtet, während die Lasten auf den „kleinen Mann“ abgewälzt würden. Das diene letztendlich der Zementierung der Herrschaft des Kapitals über die Bevölkerungsmehrheit.

Gleichzeitig grenzt sich die Szene gegen die Demonstrationen der „Corona-Rebellen“ ab. Sie brandmarkt sie als „rechte“ beziehungsweise „rechtsextremistische“ Verschwörung von Kapital und Faschisten.

Beschleunigung des „System-Untergangs“

Als „Patent-Lösung“ aller Probleme propagiert die Szene auch angesichts der Pandemie die Zerstörung des bestehenden, „unterdrückerischen, kapitalistischen Systems“.

Die Pandemie wird als Menetekel einer ohnehin schon kriselnden Gesellschaftsordnung begriffen, deren bevorstehenden Untergang man etwa durch Sabotage-

aktionen, zum Beispiel gegen kritische Infrastrukturen beschleunigen könne. Linksextremisten begreifen die Situation somit als Chance, den Systemwechsel – auch gewaltsam – zu erzwingen.

In diesen Zusammenhang sind auch die Brandanschläge auf Mobilfunkmasten einzuordnen. Generell wertet die linksextremistische Szene die zunehmende Digitalisierung als ein wesentliches Unterdrückungsinstrument der „herrschenden Klasse“.

Vor allem die neue 5G-Technologie mache Menschen überwachbar wie nie zuvor. Ohne dieses Hilfsmittel könne die „von Regierungen und Unternehmen“ angestrebte „Technik-Gefängnis-Welt“ nicht funktionieren.

Sinkende Hemmschwelle Dabei sinkt die Hemmschwelle, unmittelbar Gewalt gegen Personen anzuwenden oder als Kollateralschaden von Sachbeschädigungen in Kauf zu nehmen. Einschlägige

Szenepublikationen fördern mit verrohen-
der Sprache die Bereitschaft, Gewalt als
legitimes Mittel im Kampf gegen das „Sys-
tem“ einzusetzen. Bei dieser „Entgrenzung
der Sprache“ zeigt sich erneut die Paralleli-
tät der verwendeten Mittel im Links- wie im
Rechtsextremismus.

Dabei zielt die Aggression nicht mehr aus-
schließlich gegen Polizeibeamte oder
„Rechte“. In letzter Zeit wurden bundesweit
auch Journalisten angegriffen, da diese mit
ihrer Berichterstattung angeblich das „Sys-
tem“ unterstützen würden.

Dahinter dürfte aber auch die Befürchtung
stehen, durch die Berichterstattung über
gewalttätiges Vorgehen an Akzeptanz zu
verlieren oder durch Bildaufnahmen als
Straftäter identifizierbar zu werden.

IV. Islamismus

Anschläge in Frankreich und England Die Anschläge im ersten Halbjahr 2020 in Frankreich und Großbritannien zeigen, dass Europa und damit auch Deutschland weiterhin im Zielspektrum jihadistischer Organisationen und radikalierter Einzelpersonen stehen.

Ich weise in diesem Zusammenhang auch auf die Anschläge auf türkische Geschäfte im April dieses Jahres in Waldkraiburg hin. Nach bisherigem Erkenntnisstand ist Muharrem D. für diese verantwortlich.

Anschläge in Waldkraiburg Durch die Festnahme des Beschuldigten am 8. Mai konnten weitere Anschläge, unter anderem mittels 23 Rohrbomben, verhindert werden. An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen eingesetzten Beamtinnen und Beamten ausdrücklich für ihr großartiges Engagement im Rahmen der Ermittlungshandlungen.

Aktuell untersuchen die Ermittlungsbehörden unter Sachleitung des Generalbundesanwalts, ob und wie stark die Motivation des Täters aus der islamistischen Ideologie mitbeeinflusst ist.

Angriffe auf
„weiche Ziele“

Die zumeist einzeln, wie vermutlich in Waldkraiburg, oder in Kleinstgruppen handelnden Täter setzen dabei auf die Unberechenbarkeit und Unvorhersehbarkeit ihrer Anschläge und die Vielfalt der Angriffsmöglichkeiten. Besonders gefährdet sind weiterhin „weiche“ Ziele, also Menschen in Alltagssituationen, die beispielsweise mit Fahrzeugen oder Stichwaffen angegriffen werden (*sogenannte Low-Profile Anschläge*). Dabei gibt es keinerlei Tabus, weder hinsichtlich Alter, Geschlecht, Ethnie oder anderer Kriterien. Diese Form des Terrorismus wird verstärkt von jihadistischen Organisationen propagiert.

Intensivierung
der IS-Propaganda

Nach seiner militärischen Niederlage in Nahost zeigt der IS jüngst wieder neues

Sendungsbewusstsein. So ist die Bedeutung von Telegram-Kanälen in seiner Propaganda insgesamt deutlich gestiegen. So verbreitet er über diese Kanäle vermehrt martialische Verlautbarungen und versucht so, seine vorangegangenen personellen Verluste zu kompensieren.

Die Anstrengungen der Plattformbetreiber und der europäischen Sicherheitsbehörden, die Verbreitung der islamistischen Propaganda zu unterbinden, versucht der IS unter anderem durch „Wegwerf-Accounts“ zu unterlaufen.

Transformation des IS Seine aktuell zu beobachtende Transformation von einem territorialen Kernstaat mit regionalen Ablegern und globaler Anschlagstätigkeit hin zu einer klassischen, aus dem Untergrund transnational operierenden terroristischen Organisation könnte die Existenz des IS auch längerfristig sichern.

Als bedeutendste Strömungen des Islamismus traten bislang der legalistische Islamismus und der Salafismus in Erscheinung. Wenngleich beide das Ziel der Errichtung eines islamischen Staats teilen, ist ihre Vorstellung von diesem Kalifat und dem Weg zu seiner Etablierung sehr unterschiedlich.

Grenzen zwischen islamistischen Strömungen ver-

Die Strömungen bestanden lange Zeit nebeneinander, ohne sich nennenswert zu vermischen. In der jüngeren Vergangenheit zeichnet sich allerdings verstärkt die Tendenz einer Entgrenzung der beiden Bereiche ab.

Ideologische und personelle Überschneidungen

Sowohl personell als auch ideologisch finden sich vermehrt Überschneidungen zwischen beiden Strömungen und den jeweiligen Organisationen. Hierbei ist keine einseitige Beeinflussung zu beobachten, vielmehr kommt es zu einer wechselseitigen Diffusion:

So verzichten Salafisten zunehmend auf traditionell-islamistisches Vokabular und

greifen auf allgemein islamische oder auch moralisch-emotionalisierende Themen zurück, mit denen sich möglichst viele Menschen identifizieren können. So dienen Spendensammlungen für angeblich caritative Zwecke der Selbstinszenierung als Kämpfer gegen Hunger und Elend in der Welt. Die kontroversen Debatten um ein Verschleierungsverbot in der Öffentlichkeit werden genutzt, um auch moderate Muslime argumentativ zu erreichen.

Legalistische Islamisten haben ihrerseits erkannt, dass die Übernahme der medien- und jugendaffinen Öffentlichkeitsarbeit salafistischer Prediger und Gruppierungen unerlässlicher Baustein für die Werbung neuer Anhänger ist. So versucht beispielsweise die islamistische Muslimbruderschaft mit unverfänglichen Themen wie dem Sira-Projekt, das eine Ausstellung und Schulung zur Biographie des Propheten an verschiedenen Moscheen vorsieht, Vertrauensverhältnisse zu muslimischen Gemeinden zu knüpfen.

Sakrale Umdeutung der Corona-Pandemie durch Islamisten

Die Reaktionen islamistischer Akteure auf die Corona-Pandemie fallen sehr unterschiedlich aus. Während legalistische Islamisten bislang weitestgehend neutrale Verlautbarungen zum Coronavirus abgeben, nehmen Salafisten eine sakrale Umdeutung der Pandemie vor. Sie betrachten die Seuche als die Strafe Gottes für die „Ungläubigen“, die ihrerseits versuchten, die wahren Muslime zu verfolgen und den Islam zu zerstören. Insbesondere Jihadisten bezeichnen das Coronavirus oftmals als „Soldaten Allahs“, der die Ungläubigen im Kampf gegen die wahren Muslime schwächen soll.

Corona-Pandemie könnte jihadistische Gefahr vergrößern

Für die Sicherheit westlicher Staaten ist jedoch weniger die vorgenommene propagandistische Umdeutung der Pandemie eine Gefahr, sondern vielmehr die Schlussfolgerung, die Islamisten aus der aktuellen globalen Krise ziehen.

Bioterrorismus Denn: Die Corona-Pandemie hat aufgezeigt, wie verwundbar Staaten, Gesellschaften und die Weltwirtschaft angesichts einer solchen Notlage sind. Vor diesem Hintergrund könnte das Bedrohungsszenario des Bioterrorismus neue Aktualität entfalten.

Ich erinnere an den Fall des kürzlich verurteilten Rizin-Bombenbauerpaars in Köln, der belegt, dass sich Islamisten durchaus mit diesen Szenarien auseinandersetzen.

IV. Cybersicherheit und Spionageabwehr

Erhöhte Cyber-
Gefährdungs-
lage durch An-
stieg der Inter-
netnutzung

Der rapide Anstieg der Internetnutzung in den letzten Wochen und Monaten (*Rekorddatenvolumen lt. DE-CIX im März 2020: 9,1 Tbit/s; Dezember 2019: 8,1 Tbit/s*) auch infolge der Corona-Pandemie bedingt gleichzeitig eine erhöhte Gefährdungslage durch Cyberangriffe.

Die Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung zur Abwehr dieser Cybergefahren habe ich zusammen mit meinen Kollegen aus den Staatsministerien für Digitales, der Justiz sowie der Finanzen und für Heimat am 13. Juli der Öffentlichkeit vorgestellt.

Neben Cyberkriminellen nutzen auch staatliche Akteure die Pandemie für ihre Zwecke. Im Fokus stehen insbesondere Kritische Infrastrukturen. Auch hybride Bedrohungen durch großangelegte Desinformationskampagnen sind vorstellbar.

Cyberabwehr
Bayern und
Cyber-Lage-
zentrum

In diesem Zusammenhang sind die zu Beginn dieses Jahres neu eingerichtete „Cyberabwehr Bayern“ (CAZ, ZAC, ZCB, LSI, LDA und LfD) und das neu beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelte Cyber-Lagezentrum hervorzuheben. Beide haben sich in der Hochphase der Corona-Pandemie in Bayern bereits bewährt.

So hat die Cyberabwehr Bayern für besonders gefährdete Kritische Infrastrukturen Abwehrstrategien gegen mögliche Cyberangriffe entwickelt und Präventionsmaßnahmen auf den Weg gebracht. In besonderem Fokus standen dabei die Einrichtungen des in der heutigen Zeit so wichtigen Gesundheitssektors.

Seit Jahresbeginn haben sich die Teilnehmer der Cyberabwehr und das Cyber-Lagezentrum beim BayLfV in mittlerweile rund 30 Lagebesprechungen und fünf Sonder-Besprechungen zu insgesamt 75 cy-

berrelevanten Sachverhalten ausgetauscht. Hierbei wurden zahlreiche weitere Schutzmaßnahmen zur Verbesserung der Cybersicherheit in Bayern angestoßen und das Informationsniveau zur Cyber-Sicherheitslage Bayern gestärkt.

V. Sonstige Phänomenbereiche

Reichsbürgerszene	Auch Anhänger der Reichsbürgerszene neigen seit jeher dazu, Verschwörungsmys-then zu glauben, zu entwickeln oder zu verbreiten. Hauptsächlich bedienen sie ein Szenario, wonach die Politik bewusst einen kriegsähnlichen Zustand erzeuge. Die Ein-schränkung der Bürgerrechte sei ein strate-gisches Element eines von „geheimen Mächten“ initiierten Plans zur Entrechtung der Bevölkerung. Um dem entgegenzuwir-ken, vermarkten sie verstärkt szenetypi-sche Fantasie-Dokumente und Urkunden und suchen so die Basis ihrer Anhänger-schaft zu verbreitern.
Islamfeinde	Verfassungsschutzrelevante Islamfeinde bezichtigen pauschal Muslime, sich den staatlichen Maßnahmen unter Berufung auf „göttliches Recht“ generell zu widersetzen und damit die Infektionsgefahr für die „Ein-heimischen“ absichtlich zu erhöhen. Dieser Ansatz führt die Grundideologie konsistent

fort, wonach gläubige Muslime per se ein Sicherheitsrisiko darstellen.

Beide Narrative weisen fließende Überschneidungen sowohl zu in nicht-extremistischen Kreisen kursierenden Verschwörungsmymen als auch zu den von Rechts-extremisten angebotenen Erklärungsansätzen auf.

VI. Schlussworte

Fazit

Die grassierende Verbreitung von Verschwörungsmythen, die jeder Faktenbasis entbehren, ist geeignet, größere Bevölkerungskreise mit einer grundlegenden Unzufriedenheit mit dem Rechtsstaat zu infizieren. Verfestigt sich diese Unzufriedenheit auf Dauer, bietet sie Extremisten einen idealen Nährboden, um neue Anhänger oder Sympatisanten heranzuzüchten.

Diese Gefahr für den Rechtsstaat als Fundament unseres täglichen Zusammenlebens ist nicht zu unterschätzen. Gerade deshalb ist die Expertise des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz für die Beurteilung der Wechselwirkungen zwischen den extremistischen und den „nur“ verschwörungsmythischen Strömungen in unserer Gesellschaft unverzichtbar.

Dank an LfV,
Schlussworte

Ich danke dem Präsidenten Dr. Körner und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landsamtes für Verfassungsschutz für ihr großartiges Engagement in der Abwehr demokratiefeindlicher Entwicklungen!